



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

Sie erhalten heute die 1. Ausgabe meines neu gestalteten Blickpunktes. Mein besonderer Dank gilt meiner Büroleiterin Kristin Kühling, die maßgeblich an der Gestaltung mitgewirkt hat.

Mir ist es wichtig, dass ich Ihnen direkt von meiner Arbeit in den Ausschüssen, im Wahlkreis berichte. Und auch Sie sollen zu Wort kommen:

Auf der Seite 1 werde ich immer ein Thema platzieren, das zum mit diskutieren anregt. Ich bitte Sie herzlich, davon regen Gebrauch zu machen und mir Ihre Meinung unter info@gudrunpieper.de mitzuteilen. Ihre Anregungen werde ich sammeln und sie in die politische Arbeit einbinden.

Ich bitte um Verständnis, dass anonyme Kommentare nicht berücksichtigt werden, denn ich möchte mit Ihnen auf Augenhöhe sachlich die einzelnen Fragen/Themen behandeln.

Ich wünsche Ihnen nun ein frohes Osterfest
Ihre



V.i.S.d.P.

Gudrun Pieper
Hauptstraße 9
29690 Schwarmstedt

Tel.: (05071) 800 25 25
info@gudrunpieper.de



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG

Inhalt

Ihre Meinung ist gefragt **Seite 1**

Sozialausschuss **Seite 2**

Europaausschuss **Seite 3**

Wahlkreisnews **Seite 4**

Ergebnisse Landtagswahlen – und nun?

Wenn jemand behauptet, dass es nicht vorhersehbar gewesen sei, dass die AfD den Einzug in die Parlamente schafft, so hat man den Blick für die derzeitige Stimmung im Land verloren. Doch dass die Ergebnisse zweistellig wurden, damit war, glaube ich, nicht unbedingt zu rechnen.

War das nun die viel beschworene Schicksalswahl für Angela Merkel? Oder war es eher das Abweichen von dem klaren Kurs der Kanzlerin? Tatsache ist, dass viele Nichtwähler aus Angst und Protest die AfD gewählt haben. Die Ängste sind sehr ernst zu nehmen und für mich persönlich ein klares Signal, noch mehr Aufklärungsarbeit in der Flüchtlingsfrage zu betreiben, denn zufrieden mit den Landtagswahlergebnissen kann keiner sein. Für die kommenden Wahlen ist es ergo dringend erforderlich, sich mit dem Programm der AfD auseinanderzusetzen, um nicht nur die Flüchtlingspolitik, sondern auch allgemein politische Ansichten zu hinterfragen. In meinem nächsten Blickpunkt werde ich darauf näher eingehen.

Doch betrachten wir erst einmal die Ängste, Sorgen und Widerstände in unserer Bevölkerung in der Flüchtlingspolitik, die meines Erachtens der Hauptgrund des Wahlausgangs waren. Welche Maßnahmen müssen ergriffen und gelöst werden, um hier zu einer Zufriedenheit und Sicherheit zu gelangen?! Ich bin der Meinung, dass wir

1. eine europäische Lösung brauchen und keine nationalen Alleingänge
2. nationale Grenzsicherungen nicht in Betracht ziehen sollten und keine nachhaltigen Lösungen sind. Wir Deutsche haben doch bereits Erfahrungen gemacht, wie es ist, wenn Mauern gebaut und Menschen davon abgehalten werden irgendwo hinzukommen, um beispielsweise Familienmitglieder zu besuchen, Länder zu bereisen, oder um grenzüberschreitende Arbeitsplätze zu finden,
3. die Bekämpfung der Fluchtursachen als ein wesentliches Element unterstützen müssen, das dazu führt, dass die Menschen in ihrer Heimat verbleiben können,

4. die Bekämpfung der organisierten Kriminalität von Schleppern und Schleusern konsequent fortführen müssen. Die Türkei wird hierbei eine wesentliche Rolle spielen und hier die Verhandlungen zu führen halte ich für richtig,

5. mit einem geordneten Verfahren den Flüchtlingsstrom regeln können, d.h., diejenigen, die aus einem sicheren Herkunftsland kommen, müssen wieder zurück. Diejenigen, denen kein Asyl gewährt werden kann, sind wieder zurückzuführen und dies geschieht bereits zunehmend.

Mir ist bewusst, dass diese Aufgaben Zeit benötigen, dass es erforderlich ist, dass alle europäischen Staaten das gemeinsame Ziel mit der gleichen Intensität wie unsere Bundeskanzlerin verfolgen und ich schaue zuversichtlich nach vorn.

In unserem Heidekreis meistern wir beispielsweise im Camp Bad Fallingbostal mit all unseren Ehrenamtlichen und Dienstleistern vorbildlich unsere Aufgaben in der Flüchtlingsfrage. Von der Registrierung der Flüchtlinge bis hin zu Vermittlung von Sprache, Integrationsmaßnahmen, Wohnungszuweisungen aber auch Rückführungen. Und das geschieht in einem geordneten Verfahren!

Doch eines dürfen wir dabei nicht vergessen: Wer sich hier bei uns aufhält, muss sich an Recht und Ordnung halten, muss bereit sein, sich in unserer Gesellschaft zu integrieren und unsere Kultur zu respektieren. Ein friedliches Miteinander, was durchaus auch befristet sein kann, muss allen Menschen ein Anliegen bleiben.

Warum Wilfried Kretschmann (Baden-Württemberg) und Malu Dreyer (Rheinland-Pfalz) gewonnen haben? Sie sind auf dem Kurs der Kanzlerin geblieben!

Was sagen Sie dazu? Ich freue mich auf Ihre Anregungen, Kommentare, Lösungsvorschläge.

Ihre

Thema ‚Assistenzhunde‘ wird weiter verfolgt und ausgeweitet

Der Ende letzten Jahres einstimmig verabschiedete Antrag zur Gleichstellung aller von Assistenzhunden unterstützten Personen, ist ein wichtiger Beitrag zur Inklusion. Mit diesem Antrag, der in der schriftlichen Anhörung auf breite Unterstützung aller zuständigen Fachverbände gestoßen ist, fordern wir die rot-grüne Landesregierung auf, sich für rechtliche Rahmenbedingungen einzusetzen, die Assistenzhunden den Zutritt zu allen Bereichen des öffentlichen Lebens ermöglichen, denn die Tiere leisten einen wesentlichen Beitrag zur Mobilität und Selbstständigkeit ihrer gesundheitlich eingeschränkten Besitzer.

Mit dem Antrag übernimmt Niedersachsen eine wichtige Vorreiterrolle, um die Gleichstellung durch Assistenzhunde unterstützter Menschen auch auf Bundesebene weiter zu forcieren.

Wir werden außerdem darauf hinwirken, dass ergänzend das Nds. Gesetz über den Wald und die Landschaftsordnung bei den Regelungen zum Leinenzwang von Hunden angepasst wird. Doch hierzu bedarf es noch umfangreicher Beratungen. Ich werde das Thema weiter vorantreiben.



Die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen soll in Niedersachsen künftig einfacher werden. Einwanderinnen und Einwanderer sollen die Chance bekommen, möglichst schnell eine ihren Qualifikationen entsprechende Stelle anzutreten um ihren Lebensunterhalt selbst verdienen zu können. Dazu wurde der Gesetzentwurf zur „Verbesserung der Feststellung der Gleichwertigkeit und der Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen in Niedersachsen“ eingebracht, der nun im Landtag in meinem Fachausschuss beraten wird. Damit soll das Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz des Landes (NBQFG) novelliert werden, mit dem bereits 2012 der Anspruch auf Prüfung der Gleichwertigkeit im Ausland erworbener Berufsqualifikationen mit einem deutschen Referenzberuf verankert worden ist. Durch das Gesetz soll zudem ein Rechtsanspruch auf eine unabhängige und kostenlose Anerkennungsberatung geschaffen werden. Auch Flüchtlingen steht der Zugang dazu offen. Sollte der ausländische Abschluss nicht voll anerkannt werden, bekommen die Bewerber einen Anspruch auf Qualifizierungsmaßnah-

men. Ein weiterer Schwerpunkt der Gesetzesänderung ist die Umsetzung der novellierten europäischen Berufsanerkennungsrichtlinie (2005/36/EG und 2013/55/EG) in nationales Recht. In das NBQFG soll in diesem Zuge unter anderem das neue Instrument des Europäischen Berufsausweises, eines alternativen, elektronisch abzuwickelnden Anerkennungsverfahrens für reglementierte Berufe aufgenommen werden. Dazu zählen Berufe im medizinischen Bereich, Rechtsberufe, zahlreiche Meisterabschlüsse und das Lehramt an staatlichen Schulen sowie Berufe im öffentlichen Dienst. Auch Regelungen zum System eines Vorwarnmechanismus sollen im novellierten NBQFG aufgenommen werden. Damit soll ein System gegenseitiger Information über ausgesprochene Berufsbeschränkungen oder -verbote in sensiblen Berufen oder bei Verwendung gefälschter Unterlagen im Anerkennungsverfahren eingeführt werden. Zur Erleichterung der Berufsanerkennungen beteiligt sich das Land zudem seit 2015 mit jährlich bis zu 480000 Euro an

der Finanzierung des Netzwerkes Niedersachsen www.migrationsportal.de. Gemeinsam mit dem Bund und der EU wird über das auf Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung spezialisierte Netzwerk der Zugang zum Arbeitsmarkt für Einwanderer gefördert. Zurzeit verfügt es über 13 Beratungsstellen im Land. Anzumerken ist, dass die Landesregierung den Gesetzentwurf zu spät vorgelegt hat, denn bis zum 18. Januar 2016 hätte sie in nationales Recht überführt werden müssen. Im Fachausschuss wurde uns erklärt, dass es Abstimmungsschwierigkeiten in den Ministerien, bzw. Ressorts gegeben und dadurch zu Verzögerungen geführt habe! Zu weiteren Verzögerungen kommt es, da wir die Unterlagen aus den Verbandsanhörungen noch nicht erhalten haben und ich eine Mitberatung in den Ausschüssen Wirtschaft und Europa für dringend erforderlich halte. Um jedoch ein Vertragsverletzungsverfahren zu umgehen, ist es unumgänglich zügig den Gesetzentwurf zum Abschluss zu bringen.

Daran arbeite ich im Sozialausschuss Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen

*Landesregierung
legt Gesetzentwurf
verspätet vor*



Landesfachaus- schuss Europa in Hannover

Unser Vorsitzender Burkhard Balz MdEP, konnte mit seinem Bericht wieder wichtige Infos an uns weitergeben. Harm Adam, Vorsitzender der deutsch-polnischen Gesellschaft gab einen aktuellen Einblick über Polen. Wir stehen für eine gute Freundschaft mit unserem östlichen Nachbarn.



Mit Mitgliedern unseres Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung begrüßte ich kürzlich einige Vertreter eines niederländischen Aktionsteams für grenzüberschreitende Wirtschaft und Arbeit in Hannover.

Ziel des Treffens war unter anderem die Intensivierung der wirtschaftlichen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Dabei ging es auch um die Berufsanerkennung auf beiden Seiten der Grenze sowie um die Zusammenarbeit der niedersächsischen und niederländischen Arbeitsagenturen.

Denn die grenzüberschreitende Mobilität in Beruf und Alltag wird auf absehbare Zeit ein bedeutsames Thema. Berufliche Mobilität ist ein wesentlicher Faktor für die engere Verflechtung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt zwischen unseren Regionen. Maßgeblich ist dabei die Anfertigung und Umsetzung eines konkreten Aktionsplanes. Dies trägt auch zur Vertiefung der Beziehungen, besonders zwischen dem westlichen Niedersachsen

und den niederländischen Nordostprovinzen, bei.

Bert Bouwmeester, Bürgermeister der Stadt Coevorden und Vorsitzender des Verbandes Niederländischer Kommunen, betonte, dass die grenzüberschreitenden Hindernisse beseitigt und die Arbeitsvermittlung verbessert werden muss. Strategische Partner-

*Gemeinsamer,
regionaler
Arbeitsmarkt
ist unerlässlich*

schaften des z.B. Universitätsklinikums Groningen (Universitair Medisch Centrum Groningen - UMCG) mit deutschen Krankenhäusern, sind bereits vorhanden, wie bei der Bekämpfung von Krankauskeimen (MRSA). Auch die European Medical School Oldenburg-Groningen (EMS), die von der damaligen schwarz-gelben Landesregierung eingeführt wurde, ist als ein deutsch-niederländisches Kooperationsprojekt der Universitäten Oldenburg und Groningen herauszuheben und mit seinem länderübergreifenden Profil einzigartig in Europa. Doch ist der Aufbau eines gemeinsamen, regionalen Arbeitsmarkts unerlässlich. Leider gibt es immer noch zu

wenig grenzüberschreitende Partnerschaften. Beispielsweise müssen weiterhin Schüleraustausche gefördert werden, um frühzeitig Kontakte aufzubauen und um sie nachhaltig zu intensivieren.

Die Schaffung eines deutschen Aktionsteams würde laut Bouwmeester ebenfalls hilfreich sein, um Fördermittel zielgerichtet bündeln zu können.

Für die nächste Sitzung unseres Europa-Ausschusses werden wir um Unterrichtung über die Zusammenarbeit mit dem niederländischen Aktionsteam für grenzüberschreitende Wirtschaft und Arbeit und über den Stand der „Arbeitsliste Niedersachsen – Niederlande – Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur Lösung von grenzüberschreitenden Fragen“ bitten.

Damit steht unsere Arbeit gerade erst am Anfang. Wir müssen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vorantreiben, damit sich unsere Regionen zu einem gemeinsamen Wirtschaftsraum entwickeln können. Ein weiteres Treffen des Ausschusses mit dem Aktionsteam in der Grenzregion ist bereits in Planung.



Links: Burkhard Balz MdEP, rechts Dr. Jan Arnig (Städtebund)

Vorbereitung auf Abschlussarbeit

Franziska Macuda, angehende Verwaltungsfachwirtin, bat mich, als Vorsitzende des Europa-Ausschusses, kürzlich um einen persönlichen Gesprächstermin zur Vorbereitung auf ihre Abschlussarbeit zum Thema „Freihandelsabkommen der Europäischen Union - CETA und TTIP im Kreuzfeuer der Öffentlichkeit“. Gesprächsinhalt war meine Einschätzung zu den kommunalen Auswirkungen des Abkommens.



Daran arbeite ich im Europaausschuss

Niederländisches Aktionsteam zu Gast im Landtag



Besuch bei der Polizeiinspektion Heidekreis

Die steigende Zahl der Wohnungseinbrüche bereitet den Polizeibeamten im Heidekreis Sorgen. Das erfuhr ich beim Besuch der Polizeiinspektion Heidekreis in Soltau. In regelmäßigen Abständen lasse ich mich dort aus erster Hand über die aktuellen Themen informieren.

Polizeidirektor Stefan Sengel, Leiter der Polizeiinspektion Heidekreis, erklärte mir, dass die aktuellen Zahlen zu Einbruchdelikten deutlich angestiegen sind. Das sogenannte ‚Sommerloch‘ gäbe es auch nicht mehr. Bei einem Großteil der Straftäter handle es sich um Berufskriminelle, die aus dem Ausland einreisen würden. Sengel will mit dem Einsatz einer Ermittlungsgruppe und der Sensibilisie-

rung der Bevölkerung hinsichtlich geeigneter Präventionsmaßnahmen gegensteuern.

Des Weiteren kritisiert der Polizeidirektor die nach wie vor hohe Arbeitsbelastung der Beamten. Trotz der gestiegenen Einstellungszahlen bei der Polizei landesweit, ist die Personalsituation weiterhin angespannt. Der ländliche Raum darf in Bezug auf die Personalausstattung nicht vernachlässigt werden. Es muss hier ebenso möglich sein in vertretbarer Zeit polizeiliche Hilfe zu bekommen. Wenn wir jetzt am Thema Sicherheit sparen, werden wir später die höheren Folgekosten tragen müssen. Niedersachsens Polizei hat die Belastungsgrenze erreicht. Die Gewerkschaft der

Polizei (GdP) warnt vor dem Notstand. Deswegen ist es erforderlich, dass im Rahmen der bundesweiten Kampagne „Wir brauchen Verstärkung“ auch Niedersachsen sich mit Postern, Plakaten und Infoständen beteiligt. Niedersachsenweit fehlen 1.000 Stellen. In unserem Haushaltsentwurf 2016 haben wir pro Jahr 250 Polizeianwärterstellen bis 2019 sowie 200 Vollzeitstellen für die Polizeiverwaltung vorgesehen. Dieser Haushaltsplan wurde von Rot-Grün abgelehnt. Mittlerweile ist zu erkennen, dass unsere Forderung immer mehr an Bedeutung gewinnt. Innenminister Pistorius ist aufgefordert, für spürbare personelle Entlastungen zu sorgen.

Jahreshauptversammlung der Kreisjägerschaft Fallingbostal

Zur letzten Jahreshauptversammlung unseres Kreisjägermeister Jürgen Brammer konnte ich am vergangenen Wochenende in die Stadthalle Walsrode fahren. Jürgen Brammer wird zum 31. Oktober 2016 sein Amt nach 35 Jahren abgeben. Das ist eine bemerkenswerte Leistung. Dienstältester Kreisjägermeister in ganz Niedersachsen, wenn nicht sogar in ganz Deutschland. Sein designierter Nachfolger ist Jägermeister Wolfgang von Wieding, der in der Versammlung nominiert und durch

den Kreistag in der neuen Legislaturperiode gewählt werden muss.

Jürgen Brammer prägte als Kreisjägermeister das Jagdgeschehen in unserem Heidekreis. Er hat sich sehr um den Natur- und Artenschutz verdient gemacht. Hege, Pflege und Jagd waren mit ihm stets im Einklang. Ebenso hat er sich der Nachwuchsförderung gewidmet, so dass eine gut aufgestellte Jägerschaft in unserem Heidekreis zu finden ist.

Die alljährliche Hegeschau hat er auch für Schulklassen geöffnet. So

konnten sich in diesem Jahr fast 1.000 Schülerinnen und Schüler fachmännisch über die Natur, sowie den Artenschutz informieren.



V.l.s: Präsident der Deutschen Jägerschaft Hartwig Fischer, Jürgen Brammer, Wolfgang von Wieding, stellvertr. Landesjägerpräsident Blaut, Gudrun Pieper MdL und Landrat Manfred Ostermann

Wirtschaftsausschuss in der Technischen Akademie Heidekreis

Der Wirtschaftsausschuss Landkreis Heidekreis tagte dieses Mal in der Technischen Akademie Heidekreis. Leiter Olaf Kahle stellte sein innovatives Aus-, Fort- und Weiterbildungszentrum vor. Abgerundet wird die Akademie mit einem Studiengang Betriebswirtschaft. Eine Bereicherung für unseren Landkreis.



Besichtigung der Algenfarm in Mengebostel

Was vor zwei Jahren als ein innovatives Modellprojekt begann, hat sich mittlerweile als zukunftsweisend herausgestellt. Die Mikroalgenproduktion, auf dem Gelände der Biogasanlage der Agrar-Energie Oberhausen GmbH & Co.KG (AEO), steht in den Startlöchern zu Phase II. Gemeinsam mit Mitgliedern des Arbeitskreises Umwelt der CDU-Landtagsfraktion besuchte ich Produktionsstättenleiter Henning Wrigge. Die Algenproduktion praktikabel für die Landwirtschaft zu machen, ist derzeitiges Hauptziel. Da Niedersachsen mit seinen 1400 Biogasanlagen in Deutschland führend ist, ist es sinnvoll deren Abfallprodukte umweltverträglich zu nutzen. Zudem wird für die Anzucht kein Ackerland benötigt.

